

Bocholter-Borkener Volksblatt

Rheider Volkszeitung
Unholt-Esselburger Zeitung
Organ der Zentrumspartei

11. Jahrgang
Donnerstag, den 21. September 1922
Nummer 141

Belgien nimmt das Abkommen an.

Brüssel, 20. Sept. Nach dem „Berl. Tagebl.“ hat der belgische Minister des Auswärtigen Jaspers gestern nachmittag dem deutschen Botschafter mitgeteilt, die belgische Regierung sei mit der Garantieleistung der deutschen Schatzkammer durch die deutsche Reichsbank einverstanden. Damit ist das sechsmonatige Memorandum für die seit dem 15. August fälligen und noch nicht eingeleiteten Reparationsraten von insgesamt 270 Mill. Goldmark bewilligt worden. Infolge des internen Abkommens der Reichsbank mit der Bank von England ist die statt Belgien die 18monatige Prolongation der Wechsel auf sich genommen hat, dürfte die Reichsbank in den nächsten Monaten nicht vor der Notwendigkeit gestellt werden, wie bisher Devisenkäufe auf dem Markt vorzunehmen.

Brüssel, 20. Sept. Nachdem der deutsche Gesandte gestern vormittag dem belgischen Außenminister Jaspers die Mitteilung über die Bereitschaft der deutschen Reichsbank zur Garantieleistung der deutschen Schatzkammer überbracht hatte, empfing der Minister den französischen und den englischen Botschafter, denen er das Ergebnis der Verhandlungen mitteilte. Der belgische Ministerpräsident über den Abschluss der Verhandlungen.

Paris, 20. Sept. Der Brüsseler Korrespondent des „Matin“ hat eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Jaspers, der erklärte, die deutsch-belgischen Verhandlungen seien zu einem günstigen Abschluss gelangt. Man habe von Deutschland Schuldverschreibungen gefordert, die auf den Weltmarkt gegeben werden können. Belgien wolle Ansprüche stellen, die vollkommen befriedigt werden, denn die Garantie der Reichsbank ist durchaus genügend. Um die Verhandlungen des Bankpräsidenten Hagenstein in London habe sich die belgische Regierung nicht gekümmert. Belgien erwarte Schuldverschreibungen von Deutschland, wie sie die Reparationskommission von Deutschland gefordert hätte, und das sei alles.

Der Krieg in Kleinasien.

Eine Erklärung des britischen Kabinetts.

London, 20. Sept. In der gestrigen Zusammenkunft der britischen Minister, die bis 1 Uhr mittags dauerte, wurde von neuem erörtert, welche Maßnahmen zu Wasser und zu Lande getroffen werden müssen. Die Minister haben ihren Entschluss bestätigt, dass es in keinem Falle den britischen Truppen gestattet werden dürfe, nach Europa hinüberzuweichen, bis die Friedensbedingungen festgelegt sind. Die englische Regierung ist vollkommen sicher, dass dies durch eine Flottenaktion allein verhindert werden kann. Von der Unwesenheit beträchtlicher französischer Streitkräfte im Schwarzen Meer ist nichts bekannt.

Paris, 20. Sept. Lord Curzon, der gestern in Paris eingetroffen ist, wird eine energische Note übergeben. Er wird in einer persönlichen Aussprache mit Poincaré versuchen, die französische Regierung zu bewegen, die französische Regierung zu bewegen, ihre Truppen im Schwarzen Meer zu belassen und die schnelle Überführung einer Konferenz zu vereinbaren. Die Lage wird allgemein als sehr ernst betrachtet.

London, 19. Sept. Um 2 Uhr nachmittags ist Curzon nach Paris abgereist, um der französischen Regierung die britische Auffassung zu unterbreiten. Wie verlautet, soll Lord Beatty heute abend folgen. Einer Botschaft zufolge soll für den Fall, dass Frankreich und Italien beschließen, keinen Anteil an der Verteidigung der neutralen Zone im Falle eines Angriffs zu nehmen, das Parlament unverzüglich einberufen werden.

Reuter meldet, dass die britische Regierung offiziell der französischen Regierung ihre Bereitschaft zu der Haltung der letzteren in der Frage einer gemeinsamen Mitteilung an Mustafa Kemal Pascha ausgedrückt hat. Die britische Regierung erklärte, dass sie sehr ernstlich die Verletzung Poincarés in dieser Frage und auch in der Frage der besetzten Zone geprüft habe und sprach die Hoffnung aus, dass der an dem Tag gelegte Geist des Zusammenwirkens die künftigen Erörterungen beherrschen werde.

Interalliierte Ministerbesprechungen in Paris.

Paris, 20. Sept. Wie die Abendblätter mitteilen, empfing Poincaré gestern vormittag den englischen Botschafter Lord Hardinge.

Havas teilt mit: Die Unterredung zwischen Poincaré und Lord Hardinge dauerte heute nachmittag etwa nur zwanzig Minuten. Der britische Botschafter überreichte Poincaré eine Note. Es ist aber wahrscheinlich, dass die britische Regierung es als überflüssig betrachtet, gegenwärtig eine weitere schriftliche Mitteilung zu machen, da schon morgen die Besprechungen in Paris zwischen Lord Curzon und Poincaré beginnen werden. Der britische Staatssekretär wird morgen vormittag eine Unterredung mit Poincaré haben. Es ist wahrscheinlich, dass im Laufe des Nachmittags Graf Sforza zur Teilnahme an den Besprechungen aufgefordert wird. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass der serbische Außenminister Ninkitch ebenfalls über die Besprechungen unterrichtet wird. Die Lage im Orient scheint sich nicht geändert zu haben. Der französische Oberkommissar in Konstantinopel, Pellet, ist in Smyrna angekommen, von wo er seiner Regierung einen Bericht über die Lage telegraphierte.

Reuter meldet, dass die britische Regierung offiziell der französischen Regierung ihre Bereitschaft der Haltung der letzteren in der Frage einer gemeinsamen Mitteilung an Mustafa Kemal Pascha ausgedrückt hat. Die britische Regierung erklärte, dass sie sehr ernstlich die Verletzung Poincarés in dieser Frage und auch in der Frage der besetzten Zone geprüft habe und sprach die Hoffnung aus, dass der an dem Tag gelegte Geist des Zusammenwirkens die künftigen Erörterungen beherrschen werde.

Zur Befestigung Thrakiens.

Newport, 20. Sept. Associated Press meldet aus Konstantinopel:

Mustapha Kemal Pascha hatte gestern die alliierten Behörden ersucht, seiner Armee zu gestatten, Thrakien zu besetzen. Er hat dabei nachdrücklich erklärt, dass die Frage der Dardanellen später erörtert werden müsse unter Teilnahme aller Uferstaaten des Schwarzen Meeres. Ferner heißt es in der Mitteilung, es sei wesentlich, dass Thrakien von den nationalkristlichen Streitkräften besetzt werde, um die muslimanische Bevölkerung zu befrieden.

Gleichzeitig hat der nationalkristliche Vertreter in Konstantinopel den britischen Oberkommissar benachrichtigt, dass die Regierung von Angora auf Grund eines mit Sowjetrußland und der Ukraine abgeschlossenen Vertrages nicht in der Lage sei, eine Einladung der Mächte zu einer Konferenz anzunehmen, die sich ausschließlich auf die Erörterung der Frage der Dardanellen beschränken würde, sofern nicht Vertreter Sowjetrußlands und der Ukraine gleichfalls an der Konferenz teilnehmen.

London, 20. Sept. (Drhtb.) Da die Lage der Flüchtlinge in Smyrna dadurch erschwert wird, dass die Türken griechischen Schiffen die Einfahrt in den Hafen nicht gestatten, um Flüchtlinge an Bord zu nehmen, haben die Alliierten an Mustafa Kemal Pascha ein gemeinsames Ersuchen um Erteilung einer solchen Erlaubnis gerichtet.

Konstantinopel, 20. Sept. (Drhtb.) In der Umgebung der Stadt Biga sind die Vorhut der türkischen Kavallerie eingetroffen.

Wellington, 20. Sept. (Newsealand.) Das Parlament hat einstimmig den Beschluss des Premierministers Wason gebilligt, für die Verteidigung der Meerengen ein neuseeländisches Truppentontingent anzustellen.

Ottawa, 20. Sept. (Drhtb.) Die kanadische Regierung steht in Verbindung mit der britischen Regierung und den kanadischen Delegierten beim Völkerbund. Die Regierung wünscht Sicherheit darüber zu haben, ob die Orientkrise ernst genug ist, um die Einberufung einer Sonderession des Parlaments zu rechtfertigen.

Melbourne, 20. Sept. Gestern vormittag hat das Bundestabiet das Orientproblem erörtert. Die Minister haben den Beschluss des Premierministers

Hughes, Truppen für Gallipoli anzusetzen, gebilligt.

Johannesburg, 20. Sept. Hier haben sich zahlreiche Freiwillige für die Bewachung des Hafens gemeldet. Die Behörden teilten infolgedessen durch öffentlichen Anschlag mit, dass im Augenblick keine Rekruten für den Dienst in Kleinasien eingestellt werden.

Keine Brandstiftung der Türken.

London, 20. Sept. (Drhtb.) Es wird jetzt von allen Europäern, welche die Befestigung von Smyrna durch die Türken mitgemacht haben und die nach dem Brand die Stadt verlassen, bestätigt, dass das Feuer nicht von den türkischen Truppen angelegt wurde und noch viel weniger unter der Anleitung türkischer Offiziere, was von griechischer Seite behauptet wurde.

Die Verhandlungsbereitschaft der Türken.

Paris, 20. Sept. Das türkische Pressbüro teilt der Agentur Havas mit, die Erklärung Ferid Beys, des Pariser Vertreters der Regierung von Angora, die er dem New York Herald abgab, seien nicht richtig ausgelegt worden. Das türkische Pressbüro sei ermächtigt, sie wie folgt zu erläutern. Die Türkei ist bereit, mit den Mächten über die Freiheit der Meerengen zu verhandeln und sie wird ihre Wünsche betreffend Öffnung für den internationalen Verkehr berücksichtigen.

Völkerbund und die Reparationsfrage.

Genf, 20. Sept. Am Ende der gestrigen Abendbesprechung des Völkerbundes wurde pünktlich unter größter Aufmerksamkeit aller Teilnehmer die Reparationsfrage zur Debatte gestellt. Lord Robert Cecil verlas einen ausführlichen Antrag, der als Voraussetzung für die Abklärung der Lösung der Reparationsfrage und der interalliierten Schulden, wie überhaupt der schweren wirtschaftlichen Krise, die Deutschland und die ganze Welt bedroht, bezeichnete.

Unter größter Spannung aller Delegierten erklärte der Souverän, dass Frankreich mit einer Aussprache über diesen Punkt einverstanden sei, und dass die französische Delegation bereits bestimmte Vorschläge zu Lord Cecil's Anregungen ausgearbeitet habe. Damit den anderen Völkern Zeit zur Stellungnahme bleibe, beantragte er, dass er auf der nächsten Sitzung die Debatte eröffne. Weniger als irgendein anderes Volk habe das französische Volk, in diesem Falle eine negative Antwort zu geben.

Frankreich (England) dankte der Souverän und stellte eine eingehende Prüfung seiner Vorschläge in Aussicht. Nachdem Boulet (Belgien) auf das besondere Interesse, das sein Land an der Lösung der Reparationsfrage habe, hingewiesen hatte, ging unter lebhaften Kommentaren der Delegierten, der Pressevertreter und des Publikums, der Auspruch auseinander.

Genf, 20. Sept. Der im 5. Ausschuss angenommene, bereits mitgeteilte Entschließungsentwurf vom ersten Teil des Nanenschen Vorschlags zu Gunsten der Flüchtlinge von Smyrna wurde von der Völkerbundsversammlung genehmigt. Nach dem von Agnara-Cuba erstatteten Bericht wurde Nanens mit lebhaftem Beifall begrüßt. Der Führer der griechischen Delegation, Strelt, trat dann nachdrücklich „namens der Menschlichkeit“ für die von Angora und Nanens gemachten Vorschläge ein. Die ersten Kosten für das Hilfswerk sollen vorläufig aus dem Dispositionsfonds gedeckt werden. Im übrigen rechnen die Antragsteller auf die Unterstützung seitens der Regierungen und privater Organisationen aller Länder und ebenfalls seitens der Mitglieder des Völkerbundes.

Der Ueberführung wird gewarnt.

Genf, 20. Sept. (Drhtb.) Die Rede Lord Robert Cecil's in der heutigen Sitzung des Völkerbundes mit deren Antrag, die Reparationsfrage im Völkerbund zu beraten, fand hier große Beachtung, mehr aber noch die kurze Erklärung des Souveräns, dessen eigentliche Antwort nunmehr mit Spannung für Donnerstag erwartet wird. So spannend aber auch im Rahmen des Völkerbundes die heutigen Auslassungen waren, so sehr wird auch in unterrichteten Kreisen vor einer Ueberführung dieser Debatte gewarnt. Es handelte sich lediglich um eine Beratung des Völkerbundes, die dann wahrscheinlich in

Katholische Arbeiterkraft und Presse?

Die kath. Arbeitervereine des Bezirksverbandes Gladbeck haben angesichts der Notlage der Presse einen Aufruf an ihre Mitglieder erlassen, in dem es u. a. heißt:

Die ungeheure Steigerung der Papierpreise und die rapide Geldentwertung bringt unsere katholische und auch die Zentrumspresse in die größte Notlage. Es besteht die große Gefahr, daß ein Teil unserer Zeitungen zum Erliegen kommt, wenn nicht ehestens Hilfe gebracht wird. Alle bisher getroffenen Maßnahmen der Regierung haben der Notlage der Presse nicht abgeholfen.

Der katholische Volksteil, insbesondere die katholische Arbeiterkraft, hat das allergrößte Interesse an dem Fortbestand der eigenen Presse. Deshalb erachten wir es als heilige Pflicht unserer Mitglieder, unsere Presse, insbesondere die katholischen Zeitungen, in der Zeit der Not nach besten Kräften zu unterstützen. Die unbedingt notwendig gewordene Erhöhung des Bezugspreises soll nirgendwo der Anlaß zur Abbestellung sein.

Der Versammlung fortgesetzt, aber voraussichtlich nur den allgemeinen grundsätzlichen Erörterungen geteilt.

Genf, 20. Sept. (Drhtb.) Der Völkerbund stellte aus dem Fonds für unvorhergesehene Ausgaben dem Oberkommissar Dr. Nanens 100 000 Goldfranken zur Organisation einer Hilfsaktion für die armenischen Flüchtlinge zur Verfügung.

Der Burgenlandentscheid.

Genf, 20. Sept. (Drhtb.) Der Völkerbundsrat fällte gestern das Urteil in der Frage der burgenländischen Grenze zwischen Österreich und Ungarn. Die neue Grenzlinie, welche in verschiedenen Punkten von den Vorschlägen der Grenzfeststellungskommission ab. Die Vertreter Österreichs und Ungarns erklärten, daß sie die Entscheidung annehmen, wobei der Hoffnung Ausdruck verliehen wurde, daß sich nichts mehr den freundschaftlichen Beziehungen der beiden Länder in den Weg stellen möge.

Deutschland.

Stinnes-Luberjar.

Berlin, 20. Sept. (Drhtb.) Gestern nachmittag hatten die Vertreter der Gewerkschaften eine längere Aussprache mit dem Reichstagskanzler über den zwischen Hugo Stinnes und Luberjar geschlossenen Lieferungsvertrag. In der Gewerkschaftskreisen verläuft man sich einerseits nicht der Erkenntnis, daß dieses Abkommen zur Entspannung der politischen Atmosphäre zwischen Deutschland und Frankreich geeignet sei; andererseits hat man gewisse Bedenken, die sich insbesondere auf die Möglichkeit übermäßiger Gewinne der Unternehmerrunde und die dadurch eintretende Verteuerung des zu liefernden Materials beziehen. Die Besprechungen der Gewerkschaften werden mit dem Wiederaufbauministerium fortgesetzt werden.

Dr. Wirths Urlaub.

Berlin, 20. Sept. Fall die Verhandlungen mit Belgien glatt verlaufen, wird sich der Reichskanzler voraussichtlich am Samstag nach Süddeutschland begeben. Auch Dr. Hermes will einen Erholungsurlaub nach Riffingen antreten.

Die Forderungen der Staatsbediensteten.

Berlin, 20. Sept. Bei der gestrigen Versammlung im Reichsgewerkschaftshaus legten die Gewerkschaftsvertreter dar, daß die Staatsbediensteten vor allem eine einmalige Wirtschaftsbefreiung erhalten müßten, die sie in den Stand setzen soll, die notwendigen Anschaffungen noch vor dem Winter zu machen. Ueber die Höhe der Wirtschaftsbefreiung liegen noch keine genauen Forderungen vor, doch kann man 15 000 M. als Mittelmaß der noch weit auseinander gehenden Forderungen betrachten. Während die Gewerkschaftsvertreter darauf hinwiesen, daß die Ziffer sehr mäßig sei, wenn man sie mit den gegenwärtigen Löhnen vergleicht, gaben die Regierungsvertreter zu bedenken, daß, wenn eine solche Beihilfe an etwa 1 1/2 M. Mtl.

Staatsoberhäupter zur Ausübung kam, dies
auf die Preisentwicklung wirken müsse.

Verhaftungen in Hamburg.

Hamburg, 19. Sept. Von der Befehlshaberbehörde wurden am gestrigen Tage der Kommandant der Schutzpolizei sowie drei höhere und acht untere Beamte verhaftet. Eine Begründung dieser Verhaftung ist nicht erfolgt.

Der Oberbürgermeister von Hamburg ist, wie den Zeitungen mitgeteilt wird, sofort vorstellig geworden, daß er die Verantwortung für die Sicherheit der Stadt nicht übernehmen könne, wenn ihm maßgebende Persönlichkeiten aus der Polizei weggenommen würden. Der Einspruch war bisher ohne Erfolg.

Zu derselben Angelegenheit meldet Havas aus Brüssel: Das belgische Militärgericht der Befehlshaberarmee schickt zur Verhaftung von acht Personen, darunter sechs deutschen Polizisten, von denen man annimmt, daß sie an der Ermordung des belgischen Leutnants Graff beteiligt waren. Unter den Verhafteten ist die Inhaberin des Cafe Heumann und ihre Tochter zu erwähnen. Das Cafe liegt an der Straßenecke, an der der Mord geschah. Hausdurchsuchungen förderten bei einem Polizisten namens Niebe einen Revolver des gleichen Kalibers zutage, wie den, mit dem Graff ermordet wurde. Es steht auch fest, daß Niebe im Cafe Heumann Drohungen ausließ.

Der Sozialdemokratische Parteitag.

11. Augsburg, 20. Sept. Der sozialdemokratische Parteitag nahm einen Antrag über die Einsetzung eines Ausschusses für die Neugliederung des Reiches an, desgleichen einen Antrag zur energischen Bekämpfung des Wuchers. Nach einem angenommenen Antrag beschloß der Parteitag, dem Reichstag eine Resolution zu übersenden, die die Reichsregierung nach Art. 146 der Reichsverfassung nur im Sinne einer eifrigen Durchführung der Reichsverfassung nach Bestätigung des Reichsausschusses zustimmen, aber auch die schleunige Verabschiedung eines solchen Gesetzes oder eines Gesetzes für die Schaffung weltlicher Schulen mit allen Kräften zu fördern. Die Reichstagsfraktion und die Landtagsfraktionen, insbesondere die preussische, werden weiter verpflichtet, mit allen Mitteln für die Durchführung der in der Reichsverfassung geforderten Neuordnung der Reichsbildung zu wirken.

Der Parteitag nahm ferner einen Antrag an, der das Verhalten solcher Genossen bedauert, die gegen den Achtungsbefehl sprechen oder schreien. Ferner einen Antrag zum Falle Rentsch, wonach die Mitarbeit an reaktionären Zeitungen mit der Parteimitgliedschaft unvereinbar sein soll. Die Anträge auf Ausschluß von Kriegsverweigerern wurde abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag des Parteivorstandes, der von den Parlamenten der einzelnen Länder sowie von der Reichstagsfraktion fordert, jedes parlamentarische Mittel zu benutzen, um die Schulpflicht zu einem zuverlässigen Instrument der verfassungsmäßigen Regierung zu machen. In der Nachmittags Sitzung erstattete Abg. Vogel-Nürnberg den Bericht der Reichstagsfraktion, an den sich eine lebhafteste Aussprache schloß.

Der Wiederaufbau in Nordfrankreich.

Paris, 20. Sept. (Drht.) Wie der Marin mittelt, ist der Aktionsausschuß der vertriebenen Gewerkschaften gestern Abend mit Vertretern des allgemeinen Arbeiterbundes und des Bauarbeiterverbandes zusammengetreten und hat von den Besprechungen, die in Berlin zwischen Johann und dem deutschen Bauarbeiterverband stattgefunden haben, Kenntnis genommen. Die Delegierten haben beschlossen, ihre Ansicht, die eine Beteiligung deutscher am Wiederaufbau der vertriebenen Gewerkschaften in sich schließt, beizubehalten.

Auf eine Einladung hin findet am 22. September in Köln eine Zusammenkunft zur Prüfung der Bedingungen der Zusammenarbeit statt.

Die Brotpreise.

11. Berlin, 20. Sept. Mit Bezug auf die Erörterungen über den Beschluß des Umlagegesetzes auf Erhöhung des Preises des ersten Drittels für das Umlagegetreide wird der Dena aus dem Reichs ernährungsministerium geschrieben:

Eine spätere Erhöhung des Brotpreises wird sich nicht umgehen lassen. Bei der Festsetzung des Preises für die diesjährige Getreideumlage konnte man natürlich die jetzt eingetretene Teuerung und vor allem die starke Preissteigerung für das Auslandgetreide nicht vorübergehen. Der von der Reichsgetreidekasse festgesetzte Preis für das Brotgetreide beträgt zurzeit im Inland 11 000 Mark für die Tonne, während das Auslandgetreide 50 000 bis 60 000 Mark pro Tonne kostet. Das Ernährungsministerium ist also gezwungen, eine neue Erhöhung des Umlagepreises vorzubereiten, um wenigstens einen kleinen Ausgleich herbeizuführen. Mit einer sofortigen Gutsaufhebung des Brotpreises auf ein Mehrfaches des heutigen Preises ist aber nicht zu rechnen, da sich die Erhöhung des Getreidepreises erst in einigen Wochen auswirken wird.

Valdige Nachwahl in Oberpfalz.

11. Berlin, 20. Sept. (Drht.) Wie wir von zuständigen Stellen erfahren, sind seitens des Reiches und Preußens die Nachwahlen in Oberpfalz für November vorgesehen. Es wird dann gewählt für Reichstag, Landtag, Provinziallandtag und für die Kreisräte. Auf den Plan, mit diesen Wahlen auch gleichzeitig die Wahl des Reichspräsidenten vorzunehmen, hat man offenbar verzichtet, da über den Zeitpunkt der Neuwahl des Reichspräsidenten in der Reichstag bestimmen soll, so daß eine solche vor Januar oder Februar nicht erfolgen dürfte. Aus interessierten Kreisen wird der Beschluß gemacht, die Regierungsparteien möchten sich wieder auf Ebert einigen. Man rechnet angesichts der Verfassung innerhalb der Reichsparteien in dieser Frage mit seiner Wiederwahl.

Der Reichstag ist der Entwurf einer Verordnung über Zollbefreiungen zugegangen, durch die eine weitere Einschränkung der Einfuhr von entbehrlichen Luxuswaren herbeigeführt werden soll. Für eine Reihe Warengruppen sollen die Zölle um 50 Prozent erhöht werden, so für wohnliche Wasser, Zucker, Schinken usw., Gespinnstwaren aller Art, die ganz oder teilweise aus Seide sind, Fußbodenbeläge, dicke Gewebe für Möbel und Inneneinrichtungen, Samt und Plüsch, sowie samt- und plüschartige Gewebe, Spitzen und Spitzenstoffe und dicke Gewebe zu Vorhängen, Stickerien, Kleider, Bahnen usw., die ganz oder teilweise aus Seide sind, Verleumdungsmaschinen usw., Schmuckgegenstände, Fächer, Pelzwaren, Schlüße und Ketten aus Kunstschmelz, echte Perlen, Schokolade, gepreßte, geschälte, bemalt usw., Goldwaren, Silbergeschminkt, Silberwaren.

Forderung nach Lohnzahlung in Goldmark.

Am kommenden Monat findet in Berlin die ordentliche Hauptversammlung der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten statt, in der über die Forderung der Bezahlung in Goldmark erörtert wird. Ein anderer Antrag verlangt die Einführung der geltenden Lohn- und Gehaltskata, da die Beamten andernfalls den Dienst nur noch in dem Rahmen versehen könnten, den die Ernährungslage ihnen ermöglicht. Ein Antrag des Direktionsbezirks Berlin geht dahin, daß an jenen Orten, wo die Böhme der Industriearbeiter die der Beamten und Staatsarbeiter überlassen, ein Teil des Gehalts in Naturalien gezahlt und daß Brennmaterialien, z. B. Holz, zu den Selbstkosten der staatlichen Forstverwaltung geliefert werden.

Erhöhung des Getreidepreises.

Am den Ausschuss, der in der Reichskasse zur Festsetzung des Preises für das Umlagegetreide gebildet wurde, und der aus je fünf Mitgliedern des Reichstages und Reichsrates, der Verbraucher und Landwirtschaft besteht, hat Reichs ernährungsminister Herr um Stellungnahme zur Erhöhung des Preises für das erste Drittel. Es sei notwendig, da die Geldentwertung die Preise für Getreide gewaltig gesteigert habe und bei dem alten Umlagepreis die Umlieferung flöde. Sie betrug bis 15. September nur 110 000 Tonnen gegenüber dem vierfachen im Vorjahre. Er beantragte nach entsprechender Entscheidung des Ausschusses die Reichsgetreidekasse anzuweisen, die erhöhten Beträge zu zahlen und wolle die Zustimmung des Reichstages nachträglich einholen. Der sachliche Wirtschaftsminister Fritzsche protestierte gegen dieses Verfahren. Der Ausschuss habe keinerlei Recht, über die Preise des ersten Drittels zu sprechen. Die sachliche Regierung habe sich daher mit aller Entschiedenheit gegen diese Erhöhung für das erste Drittel ausgesprochen. Die Abg. Cuno (D. B.), Schiele (D. N.) und v. Oppen (D. R.) vertraten die Auffassung, daß die Landwirtschaft auch für das erste Drittel ihrer Umlieferung die Marktpreise haben müsse. Abg. Herb (U. S.) widersprach und erklärte die Erhöhung der Preise als ein Ereignis von entscheidender politischer Bedeutung für die künftige Stellung der sozialdemokratischen Partei. Auch ein Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes widersprach, ebenso ein Vertreter der Konsumvereine. Die Vertreter der Landwirtschaft brachten dann den Antrag ein, die Umlage entsprechend den Angebotspreisen für August, September und Oktober festzusetzen. Vor der Abstimmung erklärte Fritzsche im Namen der Vertreter der Unabhängigen, der Konsumvereine und Gewerkschaften, daß sie sich an der Abstimmung nicht beteiligen werden, um sich nicht an einer gescheiterten Handlung zu beteiligen. Sie müßten die Verantwortung für die Folgen dieser Handlung ablehnen. Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrages Schiele mit 11 gegen 8 Stimmen, bei Enthaltung der sozialdemokratischen Mitglieder und eines Deutschnationalen.

Das erste Drittel des Umlagegetreides ist auf 6900 bzw. 7400 M im Preise festgesetzt worden. Das wird eine Erhöhung des Brotpreises zur Folge haben, denn für die Preisfestsetzung des Brotes kommt nicht nur das inländische Getreide, sondern auch das ausländische in Frage. Da nun das letztere zurzeit etwa 50 000 M kostet, so würde selbst wenn man den Preis für das Auslandgetreide auf 7000 M festhalten könnte, doch ein Durchschnittspreis von etwa 25 000 M sich ergeben. Auch ist die Frage zu berücksichtigen, daß, wenn man selbst den Preis des ersten Drittels der Umlage dem Wunsch der Sozialdemokraten entsprechend nicht erhöhen wollte, die beiden anderen Drittel um so stärker heraufgesetzt werden müßten. Das Kabinett kann sich mit der Frage erst nach Rückkehr der sozialdemokratischen Minister aus Augsburg beschäftigen.

Westfälischer Milchpreisausschuß.

In der Sitzung des Westf. Milchpreisausschusses vom 12. September 1922 wurde beschlossen, vom 16. bis 30. September einen Erzeugerpreis ab Hof von 19 Mark und für Fuhrpreise, moftereimäßige Behandlung, sowie sonstige Betriebskosten einen Betrag von 4 Mark als angemessen festzusetzen. Obwohl von den Erzeugervertretern der wirklichen Lage des Milch- und Buttermarktes, sowie der Teuerung sämtlicher Hilfs- und Bedarfsstoffe entsprechend ein wesentlich höherer Preis vertreten wurde, trat man jedoch der zurzeit herrschenden außerordentlich schwierigen Lage insbesondere im Industriegebiet Rechnung und begnügte sich mit den oben genannten Preisen.

Ferner wurde in der Sitzung beschlossen, die am 5. September erfolgte Neufassung des Beschlusses vom 28. 2. 1922 durch folgenden Wortlaut eindeutiger zu gestalten:

1. Die Gemeinden aus der Umgebung von Münster, die unter Aufrechterhaltung der bisherigen Verhältnisse die Milch ohne moftereimäßige Behandlung unter Aufrechterhaltung des Eisenbahntransportes mit ihrer Fuhr
a) zu dem Großabnehmer bringen, können den ortsüblichen Erzeugerpreis zuzüglich Moftereimäßigkeit unter Abzug einer angemessenen Entschädigung für die Anfuhr bezahlt bezogen werden.
b) an Kleinabnehmer frei Stadt liefern, haben Anspruch auf den Kleinhandelspreis abzüglich Händlerverdienst und etwaiger Kosten der gemeindlichen Milchversorgung.
c) direkt an Verbraucher frei Haus liefern, dürfen den ortsüblichen Kleinhandelspreis fordern;

2. Randwirte aus nicht industriellen Gemeinden, die unter Aufrechterhaltung der bisherigen Verhältnisse ihre Milch bei Erfüllung der hierfür erforderlichen Voraussetzungen im Kleinverkauf zu bezugsberechtigten Verbrauchern selbst bringen, können den am Abgabeort zugelassenen Kleinhandelspreis abzüglich etwaiger Kosten der gemeindlichen Milchversorgung verlangen.

Ferner wurde in der Sitzung hervorgehoben, daß bei der Einfuhr von Milch aus landwirtschaftlichen Betrieben nichtindustrieller Gemeinden in die Industrieviertel die dem Einführenden Ueberschüsse erwachsen, auf welche sie keine Ansprüche machen können. Der Ausschuss beschloß, die zuständigen kommunalen Stellen hierauf hinzuweisen und vorzuschlagen, diese Ueberschüsse von den Betreffenden zu erheben, zwecks Verbilligung der an besonders bedürftigen Familien abzugebenden Milch.

Betriebsrätereferentenwoche in Münster i. W.

Die Landesabteilung Westfalen der Reichszentrale für Heimadmission hielt unter Dr. Striders Leitung in der Zeit vom 12.—16. September einen Betriebsrätereferentenkurs für die Sekretäre der christlichen Gewerkschaften und der konfessionellen Arbeitervereine der Regierungsbezirke Münster, Minden, Danabück und des Freistaates Lippe-Deimold ab. Hervorragende Fachleute, unter denen wir Herrn Universitätsprofessor Dr. Terhölte, Hamburg, und den Betriebsräteobermann des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Herrn Herchel, besonders nennen wollen, hielten Vorträge über die einschlägigen Fragen. Am dem Kursus, der einen durchaus gelungenen Verlauf nahm, beteiligten sich etwa 40 Damen und Herren.

Der Eröffnungsabend, an dem zahlreiche Gäste teilnahmen, unter anderen auch die Dozenten und der Reichstagsabgeordnete Rheinländer, nahm einen prächtigen Verlauf. Besonders wertvoll war die Besichtigung der Gewerkschaft, die ein glänzendes Zeugnis ablegte von nordwestfälischem Fleiß und Tatkraft. Der Schlußabend brachte noch einen Vortrag über die Bühnenkunstbewegung, der aus kulturellen Gründen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muß. Der Verlauf des Kurses selbst war sehr anregend und erfrischend. Am ersten Tage behandelte Herr Herchel praktische Fragen aus dem Betriebsrätegesetz. Am 2. und 3. Tage unternahm Herr Universitätsprofessor Dr. Terhölte die praktische Einführung in den Handelsteil der Zeitungen. Am 4. und 5. Tage wurde die Betriebsrätebildung einer eingehenden Besprechung unterzogen. Nicht nur die Leitung, sondern auch die Kursteilnehmer waren über die erfolgreichen Unterrichtstage sehr befriedigt.

Es ist erfreulich, daß auf derartige Fragen in der letzten Zeit mehr Wert gelegt worden ist. Die Erörterung diente nicht nur dazu, das Betriebsrätegesetz aus trockenen Paragraphen ein lebendiges Wirkfeld umzuwandeln, sondern auch den weitesten Kreisen ein tiefgehendes Verständnis für die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens zu vermitteln. Selbstverständlich soll mit diesem Kursus die Arbeit nicht erloscht sein. Sie war in erster Linie anregend und sollte den Einzelnen die Möglichkeit geben, in diese wichtigen Fragen tiefer hineinzugreifen. Vor allem werden die Gewerkschaftsbeamten jetzt viel eher die Möglichkeit haben, den Betriebsratsmitgliedern und den Aufsichtsräten durch gründliche Aufklärung ihre schwierigen Aufgaben zu erleichtern.

Die neuen Postgebühren.

Die wesentlichen Gebühren, die vom 1. Oktober an im Post-, Postfach- und Telegraphenverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:

Für Postkarten im Ortsverkehr 1,50 M, im Fernverkehr 3 M; für Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gr. 2 M, über 20—100 Gr. 4 M, über 100—250 Gr. 6 M; für Briefe im Fernverkehr bis 20 Gr. 6 M, über 20 bis 100 Gr. 8 M, über 100—250 Gr. 10 M. (Für nicht oder ungenügend freigemachte Postkarten und Briefe wird das Doppelte des Gebühretrages, mindestens aber ein Betrag von 50 Pf. nachgehoben); für Drucksachen bis 50 Gr. 1,50 M, über 50—100 Gr. 3 M, über 100—250 Gr. 6 M, über 250—500 Gr. 8 M, über 500 Gr. 10 M; für Ansichtskarten, auf deren Vorderseite Größe oder ähnliche Höchstmaßformeln mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind, 1 M (Ansichtskarten, die weitergehende schriftliche Mitteilungen enthalten oder bei denen sich Mitteilungen auf der Rückseite befinden, unterliegen der Postkartengebühr); für Geschäftsbriefe und Mitteilungen bis 250 Gr. 6 M, über 250—500 Gr. 8 M, über 500 Gr. bis 10 M; für Telegramme bis 50 Gramm 6 M, über 50—100 Gr. 8 M (nicht freigemachte Drucksachen, Geschäftsbriefe und Warenproben

werden nicht befördert, für ungenügend freigemachte Sendungen dieser Art wird das Doppelte des Gebühretrages, mindestens aber ein Betrag von 50 Pf. nachgehoben); für Päckchen bis 1 Kilogr. 12 M; für Pakete in der Nahzone oder Fernzone bis 5 Kilogr. 30 M oder 80 M, über 5 bis 7,5 Kilogr. 40 M oder 120 M, über 7,5 bis 10 Kilogr. 60 M oder 160 M, über 10 bis 15 Kilogr. 100 M oder 250 M, über 15 bis 20 Kilogramm 140 M oder 350 M (Gefahr von Verändern, die nur Zeitungen oder Zeitungsblätter enthalten — sogenannte Zeitungs Pakete — bis 5 Kilogr. in der Nahzone kosten 15 M); für Wertsendungen (Wertbriefe und Wertpakete) die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung und die Versicherungsgeldgebühr, die beträgt für je 1000 M der Wertangabe 3 M; mindestens bei einer Sendung 5 M; für Postanweisungen bis 100 M 6 M, über 100—500 M 10 M, über 500—1000 Mark 12 M, über 1000—2000 M 16 M, über 2000 bis 5000 M 20 M (Wechselbetrag ist von 2000 auf 5000 M erhöht); die Einschreibengebühr ist auf 4 M festgesetzt; für die Einbestellung sind bei Vorauszahlungen zu entrichten für eine Briefsendung oder für ein Paket nach dem Ortsbestellbezirk 6 M oder 12 M, nach dem Landbestellbezirk 18 M oder 24 M; für bar eingezahlte Zahlkarten bis 100 M einschließl. 3 M, über 100 bis 500 M einschließl. 5 M, über 500—1000 M einschließl. 6 M, über 1000—2000 M einschließl. 8 M, über 2000 bis 5000 M einschließl. 10 M, über 5000—20 000 M einschließl. 12 M, für jede weitere 10 000 M oder einen Teil dieser Summe mehr 6 M; für bargezahlte beglaubigte Zahlarten dieselbe Gebühr, höchstens jedoch 30 M für eine Zahlarte; für Kassenscheide, die bargezahlte beglaubigten werden, 1/2 v. T. des Scheidetrags, für Vorauszahlungen mit Postcheck 2 v. T. des Scheidetrags; für gewöhnliche Telegramme für jedes Wort 5 M, mindestens 50 M, im Ortsverkehr jedoch 3 M für jedes Wort, mindestens 30 M.

Wucher und Teuerung.

In einer Sitzung der Einzelhandelsausschüsse der Handelskammern Duisburg-Essen, Münster, Essen, Bochum und Dortmund in der Handelskammer zu Essen am 13. d. M. wurde folgende Entschliessung gefaßt:

Anlässlich des Wuchererlasses des Innenministeriums vom 2. September 1922 erhebt der Einzelhandel des Ruhrgebietes zum wiederholten Male seine warnende Stimme, bei der Zuspitzung der wirtschaftlichen Verhältnisse Mißtrauen gegen den realen Handel in der Verbraucherschaft zu tragen.

Die sprunghafte Geldentwertung in Verbindung mit einer beispiellosen Warenhamsterei hat den Handel in eine Bedrängnis gebracht, die sich in allertüchtigster Weise zu seinem Zusammenbruch auszuwirken muß. Der gesetzliche Zwang, Warenvorräte weit unter dem Wiederbeschaffungspreis zu verkaufen, hat in diesen Verhältnissen einen Vagerchwund bis auf ein Drittel der normalen Bestände herbeigeführt. Die Händler zu einem gewissen Grade vorhandene Möglichkeiten durch Anknüpfung von Krediten das Geschäft weiterzuführen, ist angesichts der allgemeinen großen Kreditnot gescheitert.

Die Opfer, die vom Handel gebracht wurden, sind außerordentlich, da nicht die bedürftigste Bevölkerung in den Besitz der durch die Preisüberwachungsmaßnahmen künstlich verbilligten Bestände kommt. Zuverlässige Beobachtungen haben ergeben, daß dem realen Handel die alten Bestände zum großen Teile durch einen parasitären Zwergelhandels entzogen werden.

Preislich überhöhten Waren haben die Wirkung, den spekulativen Hamsterhandel auf das wirksamste zu unterstützen. Angeichts dieser Zustände ist es geradezu unübersehbar, daß die Maßnahmen des Innenministeriums sowie fast aller nachgeordneten behördlichen Stellen sich insbesondere gegen den Einzelhandel wenden. Es wird hierdurch in der Bevölkerung die Vermutung mahngelassen, daß im Handel diejenigen Kreise zu suchen sind, die an der Warenverknappung die Schuld tragen. Diese Lasten, in Verbindung mit der oft betonten besonders gefährlichen Stellung des Handels als des letzten Warenvermittlers, schaffen die Stimmung in der Bevölkerung, die es verbrecherischen Elementen leicht macht, zu Plünderungen und Tumulten aufzuwachen.

Wir richten an die Regierung sowie an alle nachgeordneten Behörden das dringende Ersuchen, den realen Handel durch alle dem Staat zur Verfügung stehenden Mittel zu schützen und die weitestgehende Preisüberwachung über die wahre Ursache der Teuerung aufzuklären.

Wir sind mit der Regierung des ehrlichen Willens, den wirklichen Wucher zu unterbinden und von solchen Händlern abzurufen, die sich des Wuchers schuldig gemacht haben.

Wir müssen allerdings im Interesse der Erhaltung unserer Existenz sowie der unserer Angehörten und im Hinblick auf eine geregelte Warenverteilung und der hierdurch ermöglichten Warenherstellung und -Beschaffung verlangen, daß die Begriffsmerkmale für den Preiswucher klar gekennzeichnet werden, daß insbesondere nicht als Preiswucher gilt, wenn der Verkaufspreis sich innerhalb der Wiederbeschaffungskosten bewegt.

Es ist dieses eine Forderung, die bereits seit langem ohne weiteres in der Praxis des Staates durchgeführt ist, da, wo der Staat selbst als Erzeuger auftritt (Hofhaltung, Porzellanmanufaktur usw.).

Wird dieser elementaren Forderung nicht umgehend stattgegeben, so wird der reelle Handel in absehbarer Zeit in Ruin gehen und große Teile der Industrie nachziehen müssen als Folge einer verfehlten Wirtschaftspolitik, die Arbeitslosigkeit und namenlos

Die
— Halle, 20. Sept. Die verammlung der (Kreis Mitteldeutschen) den drohenden Zusammenlegungen, weitere Ein der Erfindungs- zugs- und Inven Anglist über wir Der Einzelhan dem Großhandel Bestehen und W inneren Angelegen angenommene Er nahmen zur Reitti ligen Untergang Papierholzes. — am 1. Oktober vor — Virmasens. dem 1. September — Ertensdorf. sich genügt, sein vorläufig einzufest — Bonn. Die ber ab nur noch d — Wiesb. Zu schentlich erscheinen selbständige Erche Zeitung vereinigt — Bernburg. gliche Zeitung un sind unter dem Ti worden. — Bünde. Da fig viermal, der Wache erscheinen. — Däben. I noch zweimal wöch — Eibenrod. Mattis gib bekannt, maliges Erscheinen — Cangenberg. scheint nur noch zu — Remberg. D nur noch zweimal

— Essen, 20. Se tenen Viehmarke Großvieh, 392 Rälb Es wurden gezahl Dachsen 5500—9000 und Rälbe 4200—9 Rälber 7500—13 500 Mark, Schweine 12 — Alsenessen, 1 trieb: 1847 Stüd. C 1400—2000 M, von 12—15 Wochen 3300 Wochen 4800—8000

— Berlin, 20. Se bei der Dammstraße Co. diebische Angestellte Waren im Werte von

— Berlin, 20. Se dem Bahnhof Köpen Wagon aus dem Be Frachtbrief 400 Zent an eine Firma Bor Da es eine Firma I veranlaßt ein Eisen Wagens, wobei sich h ehens 400 Zentner 3 der den Frachtbrief Er erklärte, ein Unb des Frachtbriefes z war bisher nicht auf ter wurde auf Köpen

— München, 20. aus Regensburg mel und Schwargach in de haltender Platzregen wurden die Talgebiete Hunderte kleiner Häu das Wasser mit sich g ermie ist vernichtet. die Existenz vieler L gries wurde die Bee der Blut übertraf und weggeschwemmt.

— Dorsten, 20. Sept. morgen verunglückte der Reche Bergmanns Förderwagen und erlitt Verletzungen. Im transportiert wurde, si erlittenen Verletzungen.

— Dorsten, 20. Sept. nach wurde in der Nach dem Hufgeschuß von N auf der Harbi verübt. zur Umarbeitung überga auf Sammet, Seide, Bär her wurde mitgenomme belüßt sich auf well ih

Das Doppelte des Preises
in Betrag von 50 M.
s 1 Kilogr. 12 M.; für
Kernzone bis 5 Kilogr.
7,5 Kilogr. 6 M.; 2
40 M. oder 160 M., über
250 M., über 15 bis
(Kilogr. von Verigem,
preis erhalten — so
s 5 Kilogr. In der Ra-
Kilogramm (Verbräuf-
für eine gleichartige ein-
Verkaufungsgebühr, die
Angabe 8 M.; mindestens
Postanweisungen bis
10 M., über 500—1000
M. 16 M., über 2000 bis
von 2000 auf 5000 M.
ist auf 4 M. festgesetzt;
Borauszahlungen zu
oder für ein Paket
oder 12 M., nach dem
M.; für bar eingezahlte
Blick 3 M., über 100 bis
500—1000 M. einzahl-
Blick 8 M., über 2000
M., über 5000—20 000 M.
weitere 10 000 M. oder
6 M.; für bargezahlte
Blick, höchstens jedoch
Bauschleife, die dargel-
des Scheitbetrags, für
2 v. T. des Scheitbe-
amme für jedes Wort
wertet jedoch 3 M. für

gehandelt wurde, sind
bedürftige Bedienung
reisüberwachungsmas-
stände kommt. Zuver-
eben, daß dem reellen
in großen Teile durch
entzogen werden.
den die Wirkung, den
das wirksamste zu

ist es geradezu unde-
s Innenministeriums
behördlichen Stellen,
gehandelt werden. Ge-
nung die Vermutung
diejenigen Kreise zu
erteuerung die Schuld
Verbindung mit der oft
Stellung des Handels
s, schaffen die Ein-
es verbrochenen
erungen und Turn-

g sowie an alle nach-
gehende Erfuchen, den
Staat zur Verfügung
die weitesten Bedürf-
schleife der Feuerung

des ehrlichen Willens,
anden und von solchen
des Buchers schuldig

teresse der Erhaltung
rer Angehörigen und
Barenverteilung und
Begriffsmerkmale für
get werden, daß ge-
her gilt, wenn der
ederbeschaffungsstellen

die bereits seit lan-
des Staates durch
ist als Erzeuger auf-
natur usw.).

nicht umgehend
handel in absehbarer
Teile der Industrie
ner vorerhaltenen Wich-
t und namentlich

Die Notlage der Presse.

Halle, 20. Sept. Eine neuerliche Mitglieder-
versammlung des Vereins deutscher Zeitungsverleger
(Kreis Mitteldeutschland) erörterte die Maßnahme ge-
gen den drohenden Untergang der Presse, namentlich
Zusammenlegungen von Zeitungen zu Volkseigen-
schaften, weitere Einschränkung an Text, Umfang und in
der Erscheinungsweise, zeitgemäße Festlegung der Be-
zugs- und Inseratenpreise, Arbeitgeberfragen sowie
Angriff über unsere Volkswirtschaft bringen wird.
Der Einzelhandel erwartet von der Industrie und
dem Großhandel Unterstützung im Kampfe um sein
Bestehen und Weiterleben.
Innere Angelegenheiten des Vereins. Eine einstimmig
angenommene Entschließung ersucht um baldige Maß-
nahmen zur Rettung des Zeitungswezens vor dem öf-
fentlichen Untergang und fordert Bereitstellung billigen
Papierholzes. — Die Geschäftsstelle des Vereins wird
am 1. Oktober von Erfurt nach Halle verlegt.
— Pirmasens. Die Pirmasenser Zeitung hat mit
dem 1. September ihr Erscheinen eingestellt.
— Trossendorf. Der Trossendorfer Anzeiger sah
sich genötigt, sein Erscheinen vom 1. September ab
vorläufig einzustellen.
— Bonn. Die Bonner Zeitung wird vom 1. Okto-
ber ab nur noch dreimal wöchentlich erscheinen.
— Alfeld. Zum 1. Oktober wird die sechsmal wö-
chentlich erscheinende Niedersächsische Volkszeitung das
selbständige Erscheinen einstellen und mit der Alfelder
Zeitung vereinigt werden.
— Bernburg. Der Anhalter Kurier, die Bernburg-
ische Zeitung und der Anhaltische General-Anzeiger
sind unter dem Titel Anhalter Kurier zusammengelegt
worden.
— Bünde. Das Bündener Tageblatt wird vorläuf-
ig viermal, der General-Anzeiger nur dreimal in der
Woche erscheinen.
— Dübau. Die Dübener Nachrichten erscheinen
noch zweimal wöchentlich.
— Eibenrod. Der Verlag des Eibenroder Tage-
blatts gibt bekannt, daß er vom sechsmaligen auf vier-
maliges Erscheinen der Zeitung in der Woche übergeht.
— Langenberg. Die Langenberger Zeitung er-
scheint nur noch zweimal wöchentlich.
— Kemberg. Der hiesige General-Anzeiger erscheint
nur noch zweimal wöchentlich.
— Effen. 20. Sept. Auf dem am Montag abgehal-
tenen Viehmarkt waren aufgetrieben: 979 Stück
Großvieh, 392 Rinder, 511 Schafe und 1319 Schweine.
Es wurden gezahlt per 100 Pfund Lebendgewicht:
Ochsen 5500—9000 M., Bullen 5000—7600 M., Färren
und Kühe 4200—9200 M., Jungvieh 4500—8000 M.,
Kälber 7500—13 500 M., Weidemastschafe 4500—9000
M., Schweine 12 000 bis 16 200 M. Tendenz: mittl.
— Alsenfeld. 19. Sept. Schweinemarkt. Zu-
trieb: 1847 Stück. Es folgten Ferkel von 5—8 Wochen
1400—2000 M., von 8—12 Wochen 2000—3200 M., von
12—15 Wochen 3300—4800 M., Ferkelschweine über 15
Wochen 4800—8000 M. Verkauf: langsam.

Vermischtes.

Unterzahlungen.

Berlin, 20. Sept. Laut Meldung veruntreuten
bei der Damenmantelfabrik von Fradit, Hirschfeld und
Co. diebische Angestellte im Laufe eines halben Jahres
Waren im Werte von sechs bis neun Millionen Mark.
Eine Zuckerschlebung.
— Berlin, 20. Sept. Wie mitgeteilt wird, traf auf
dem Bahnhof Köpenick bei Berlin am Samstag ein
Waggon aus dem besetzten Gebiet ein, der nach dem
Frachtbrief 400 Zentner Mehlisen enthalten sollte, und
an eine Firma Borfig, Spindlersfeld, adressiert war.
Da es eine Firma dieses Namens dort nicht gibt,
veranlaßte ein Eisenbahnbeamter eine Revision des
Wagens, wobei sich herausstellte, daß er statt des Mit-
telens 400 Zentner Zucker enthielt. Ein junger Mann,
der den Frachtbrief entlesen wollte, wurde verhaftet.
Er erklärte, ein Unbekannter hat ihn, die Entlohnung
des Frachtbrieves zu besorgen. Dieser Unbekannte
war bisher nicht auffindbar. Der beschlagnahmte Zu-
cker wurde auf Köpenick und Berlin verteilt.
Hochwasser in der Oberpfalz.
— München, 20. Sept. Wie der Bayer. Kurier
aus Regensburg meldet, ist über die Täler der Sulz
und Schwarzach in der Oberpfalz ein 12 Stunden an-
haltender Plagregen niedergegangen. Infolgedessen
wurden die Talgebiete dieser Flüsse überschwemmt.
Hundert kleiner Häuser und Wirtschaftsgebäude hat
das Wasser mit sich gerissen; die gesamte Grummet-
erde ist vernichtet. Die Hochwasserkatastrophe stellte
die Existenz vieler Kleinbauern in Frage. An Beispi-
elen wurde die Bevölkerung auf dem Volksfest von
der Flut überrascht und die Buben wurden in der Flut
weggeschwemmt.

Westfalen und Rheinland.

Buer, 20. Sept. Tödlich verunglückt. Western
morgen verunglückte der Bergmann Karl Wenzel auf
der Zeche Bergmannsglied. Er geriet zwischen zwei
Förderwagen und erlitt einen Beckenbruch und innere
Verletzungen. Im Marienkrankenhaus, wohin er
transportiert wurde, starb er gegen 12 Uhr an den
erlittenen Verletzungen.
Dorsten, 20. Sept. Ein schwerer Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht von Montag auf Dienstag in
dem Gutshaus von Hofa Hein an der Bahnhofsstraße
auf der Harb verübt. Sämtliche neuen und selbst die
zur Umarbeitung übergebenen Hüte, der ganze Vorrat
an Sammet, Seide, Bändern und eine Schachtel Rei-
her wurde mitgenommen. Der entstandene Schaden
belaufte sich auf weit über 200 000 Mark.

Dortmund, 19. Sept. Einbruchsdiebstahl.

Baslerstraße wurde ein Bergmann überfallen und zu
Boden geworfen. Er erhielt einen Schlag auf den
Kopf, außerdem wurden ihm von den Tätern die
Beine zusammengebunden, um ihn wehrlos zu machen
und ihm Uhr nebst Kette und die Burschenschaft abgenom-
men. Nach einer Stunde konnte der Räuber in
der Person eines Bergmannes aus Bradel festgenom-
men werden. Die Gegenstände fand man bei ihm vor.
Dortmund, 20. Sept. Waffenschatz. Im Hafen-
gelände wurden Montag nachmittag von Beamten der
Hafenwache und des 4. Polizeibezirks in Kisten ver-
graben 5 komplette Maschinengewehre und 1 Flieger-
maschinengewehr gefunden und beschlagnahmt. Die
Waffen waren vollständig gebrauchsfähig. In der
Angelegenheit wurden von der sofort benachrichtigten
Kriminalpolizei und den Hafenbeamten 8 Arbeiter fest-
genommen. Die Waffen waren von den Arbeitern
dort untergebracht worden, sie sollten in vergangener
Nacht aus ihrem Versteck geholt und einem Bestim-
mungsort zugeführt werden.
Holtshausen, 20. Sept. Im Streit erschossen.
Hier hat der frühere Gärtner und jetzige Bergmann
Amenda im Streit wegen Mietangelegenheiten den
Bergmann Borzetowski mit einem Jagdgewehr er-
schossen. Der Bergmann Kopolinski und ein unbe-
kannter weiterer Bergmann wurden durch Schrot-
schüsse schwer verletzt. Amenda wurde verhaftet.
Herne, 19. Sept. Nord. Als der Bergmann
Schwarze gestern nachmittag von der Schicht in seine
Wohnung im Stadtteil Hordhausen zurückkehrte, fand
er seine Ehefrau auf dem Boden liegend erdrosselt vor.
Reben der Leiche lag die leere Brieftasche, in der
Wiese das schreiende Kind. Nach den Feststellungen
der Polizei liegt Nord vor. Als Täter kommt der im
Bebenheim der Zeche Friedrich der Große wohnende
24jährige Bergmann Paul Müller in Frage, der
flüchtig ist.
Herne, 20. Sept. Zwei schwere Verbrechen ereig-
neten sich vorgestern nachmittag in der Nachbarschaft
von Herne. Der Bergmann Paul Müller in dem be-
nachbarten Hordhausen hat die Ehefrau des Ber-
manns Schwarze in deren Wohnung erdrosselt. Der
Täter ist flüchtig. — In der Nachbargemeinde Holt-
shausen hat der Bergmann Amenda infolge von Miet-
streitigkeiten einen bei ihm wohnenden Bergmann mit
einem Jagdgewehr erschossen und zwei andere Ber-
geleute durch Schrottschüsse schwer verletzt. Die Verle-
teten fanden Aufnahme im Krankenhaus. Der Täter
wurde verhaftet.
Neumied, 19. Sept. Amerikanische Einsicht. Bei
der Brüdergemeinde und der fürstlichen Verwaltung
ist die Mitteilung der hiesigen amerikanischen Be-
satzungsbehörde eingetroffen, daß das von der französi-
schen Besatzungsbehörde als Egerzierplatz in Aussicht
genommene Ackerland zwischen Neumied und En-
gers nicht beschlagnahmt werden wird. Dieser Aus-
gang der Verhandlungen ist besonders im Interesse
der Milchverförmung der Stadt Neumied zu begrüßen.

Aus der Heimat.

Bucholt, den 20. September 1922.

1. Theater im Gesellenhause. Die Proben für die
Aufführung des heiteren Bühnenspiels „Jar und Zim-
mermann“, bearbeitet nach Vorgangs komischer Oper,
sind jetzt soweit gediehen, daß allen Besuchern genue-
reiche Stunden bevorstehen. Es wird nochmals darauf
aufmerksam gemacht, daß die erste Aufführung Son-
ntag, den 24. September, abends 8 Uhr nur für Mit-
glieder, Ehrenmitglieder und deren Angehörige ist. Zu
diesem Abend werden keine Karten ausgegeben, die
Besucher haben gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte
den Eintrittspreis an der Kasse zu entrichten. Dieser
Vorzugspreis ist so niedrig bemessen, daß nur die Un-
kosten, welche heute eine ganz enorme Höhe erreichen,
gedeckt werden. Der Verein erwartet aber an diesem
Abend den Besuch aller Mitglieder. Die folgenden
Aufführungen finden für die Öffentlichkeit statt. Da-
mit das Stück, welches reich an ergötzlichen Zwischen-
fällen ist, besser und leichter verstanden wird, soll ein
Programm mit Personen-, Inhaltsangabe und Ueber-
setzungen herausgegeben werden. Ab Sonntag, den 24.
September, liegen in den Vorverkaufsstellen Saalpläne
und Programme aus. Der Inhalt des Bühnenstückes
wird in den nächsten Tagen auch näher angegeben
werden.
2. Der Touristenverein „Wanderlust“ feierte am
vergangenen Sonntag in der „Wulffmühl“ sein
diesjähriges Herbstfest, das selber unter der Ungunst
der Witterung zu leiden hatte. Die Teilnehmer amü-
sierten sich bei humoristischen Vorträgen, Saalpost
und Verlosung sowie einem flotten Tanztränzchen auf
besten, so daß die schönen Stunden allzu schnell ver-
schwanden. Auch die guten Leistungen der Kapelle
Wente trugen wesentlich zum Gelingen des Festes bei.
3. Diebstahl. Mehrere Personen, die von einem
Lagerplatz am Reuter Eisenwaren gestohlen haben,
wurden zur Anzeige gebracht. Das gestohlene Gut,
das bereits in dritter Hand war, konnte von der Po-
lizei beschlagnahmt und dem Eigentümer wieder zu-
gestellt werden. — Gleichfalls wurden mehrere jugend-
liche Personen wegen Diebstahls zur Anzeige ge-
bracht.
4. Emmerich-Bund zur Förderung des Sösis-
sprechungsprozesses der gottseligen Anna Katharina
Emmerich, dessen Rundgebungen gelegentlich des Ra-
tholikenlages in München noch in lebhafter Erinne-
rung aller Teilnehmer sein dürften, hält am kommen-
den Sonntag, dem 24. ds. Mts., in Dülmen seine
Hauptversammlung ab. Dieselbe wird morgens 9.30
Uhr mit einem Festgottesdienst in der Pfarrkirche ein-
geleitet. Am selben schließt sich um 11 Uhr die Ver-
sammlung des Vorstandes und Hausausschusses, nach-

mittags 3 Uhr beginnt auf dem Kirchplatz die große
öffentliche Versammlung, in der hervorragende Redner
die Emmerichfrage behandeln werden. Es werden
sprechen: Oberbürgermeister Jarowald-Rachen über
„Westfalenland, Heimatland A. R. Emmerichs“, Augu-
stinerpater H. J. Sella über das Thema: „Warum
betrachten wir A. R. Emmerich als Heilige?“ und
Abg. Fr. Teufel über „Gegenwartsarbeit des Emme-
richbundes im Geiste seiner hohen Patronin“. Als
Berichter der gottseligen A. R. Emmerich sind zu dieser
Hauptversammlung hergelacht eingeladen.
m. Revision der Landtrankentasse. Die Landtran-
kentasse wird in der Zeit vom 1. bis 15. Oktober d. J.
im Kreise Borken eine Revision abhalten zwecks Fest-
stellung, ob sämtliche Arbeitgeber das versicherungs-
pflichtige Dienstpersonal angemeldet haben. Dienst-
boten (auch Pflegerkinder) sind versicherungspflichtig,
sobald sie aus der Schule entlassen werden. Auch Tage-
elöhner sind versicherungspflichtig, wenn sie mehr als
50 Tage jährlich bei dem Verpächter arbeiten. Arbeit-
geber, die bis zum 1. Oktober d. J. ihr versicherungs-
pflichtiges Dienstpersonal nicht zur Trankentasse ange-
melde haben, werden nach Paragraph 531 der AVO.
bestraft. (Auf die Bekanntmachung in der heutigen
Nummer wird besonders hingewiesen.)
a. Von der Post. Der Feuerungszuschlag für Fern-
sprechgebühren wird vom 1. Oktober ab auf sechsunde-
reri v. H. erhöht. Auf Wunsch können Teilnehmer
die Fernsprecharrichtungen noch bis 25. September
zum 30. September kündigen. Etwaige Anträge sind
schriftlich beim hiesigen Postamt anzubringen.

s. Dingden, 20. Sept. Einbruchsdiebstahl. In der
Nacht von Dienstag auf Mittwoch wurde bei einem
hiesigen Kolonialwarenhändler eingebrochen. Die Ein-
brecher, die durch ein Kellerfenster Einlaß gefunden
hatten, nahmen mehrere Zentner Kartoffeln und ein
Quantum Butter als Beute mit. Ein Glas mit ein-
gemachten Kirschen ist an Ort und Stelle gelehrt wor-
den. — Darauf besuchten die Spüßbuden einen benach-
barten Fahrradhändler, der aber durch das Geräusch
aufwachte und die Burschen durch mehrere Schüsse von
der Arbeit verschreckte. Ebenso soll in derselben Nacht
bei einem Schuhwarenhändler ein Einbruchversuch
gemacht worden sein.
s. Ringenberg, 20. Sept. Viehdiebstahl. Einem
hiesigen Landwirte wurde in der Nacht von Dienstag
auf Mittwoch von seiner an der Straße Wesel-Bocholt
liegenden Wiese ein hochtragendes, rotbraunes Rind
entwendet. Das Tier ist auffallend groß und trägt
an einem Horne das Brandzeichen J. L. Für die
Wiedererstattung des Tieres ist eine hohe Belohnung
ausgesetzt.

m. Anholt, 20. Sept. Säuglingsfürsorge. Schon
vor dem Kriege war eine große Sterblichkeit unter
den Säuglingen eine Tatsache, die den Bestand unseres
Volkes ernstlich bedrohte. Dann kam der Krieg, der
Tausende von blühenden Menschenleben in ein frühes
Grab sinken ließ, und diese Gefahr noch verschärfte.
Wenn schon vor dem Kriege ernstgemeinte Kreise auf
Mittel zur Besserung sahen, so ist dies Streben nach
dem Kriege zu einer unabwendbaren Notwendigkeit
geworden. Die Statistik über Kindersterblichkeit mit
ihren erschreckend hohen Zahlen beginnt allmählich
auch zu der Allgemeinheit ihre ernste Sprache zu
reden. Und gerade nachdem durch die Entbehrungen
während des Krieges und der Nachkriegszeit unsere
Volksgeundheit schweren Schaden gelitten hat, ist es
erklärlich, daß jetzt die Frage immer mehr in den Vor-
dergrund tritt: „Wie erhalten wir das junge, neuer-
blichke Leben, wie mindern wir die ungeheuren Zahlen
der Säuglingssterblichkeit?“ Das Waisenkind der
Kinder ist kein naturnotwendiger Vorgang, vielmehr
ist die große Sterblichkeit unter den Säuglingen der
Ausdruck ungünstiger Lebensbedingungen. Schlechte
soziale Verhältnisse, das herrschende Wohnungselend,
das Erwerbsleben der Mutter, alles hängt auf das
engste mit der Sterblichkeit der Säuglinge zusammen.
Andererseits ist man aber auch zu der Erkenntnis ge-
kommen, daß nur durch eine besonders günstige und
zweckmäßige Pflege und Ernährung unserer Kleinsten
diese Schäden wieder in etwa ausgeglichen werden
können, und daß deshalb mit einer Belehrung unserer
Frauen und Mütter über die wichtigsten Fragen der
Kinderpflege begonnen werden muß. Ausgebildete
Schwestern sind zu diesem Zwecke in Stadt und Land
tätig. Auch hier in Anholt soll diese Säuglingsfür-
sorge weiter ausgebaut werden, vor allem soll hier
jetzt die Einrichtung einer Mütterberatungsstelle ge-
troffen werden. Jeder Mutter ist hier Gelegenheit ge-
geben, ihr Kind kostenlos von einem Arzt untersuchen
zu lassen und sich Rat und Aufklärung über die Pflege
des Kindes einzuholen. Wie oft kann hierbei auf be-
ginnende Krankheitsercheinungen aufmerksam gemacht
werden und wie mancher Krankheit kann vorgebeugt
werden. Nicht bringend genug kann der Besuch dieser
Sprechstunde allen Müttern angeraten werden. Gilt
diese Einrichtung doch unseren Kindern und Kinder-
beuten den Reichtum des Volkes und seine frohe Zu-
kunft. Gerade nach dem furchtbaren Sterben, was
uns der Krieg gebracht hat, ist uns jedes Menschen-
leben kostbar und jedes gesunde Kind ist wertvoll für
den Staat. — An die Mütter aller Stände ergeht des-
halb hiermit die herzliche Einladung, im Interesse
ihrer Kinder Gebrauch von dieser Neuerrichtung zu
machen und ihr ein reges Interesse entgegenzubringen.
(Siehe Anzeige in der heutigen Ausgabe). — Es wird
ferner darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntag,
den 24. September, nachmittags um 4 Uhr im Rath-
saal von Bennemann ein Vortrag stattfindet über
„Zweck und Notwendigkeit der Säuglingsfürsorge“,
wogu alle Frauen und Mütter Anholts herzlich ein-
geladen werden.

Postbezieher

bestellen unsere Zeitung billigst zu
95 M. monatlich beim Postamt!
Niemand ist gezwungen bei der Post sofort
auf 3 Monate zu bestellen. Wenn letztere
Ausgabe auf einmal zu hoch, der bestelle von
Monat zu Monat, die Post muß das annehmen.

Turnen, Sport und Spiel.

Turnverein Pöbnitz. Die Tagesordnung der
heute abend 8.30 Uhr stattfindenden Monatsversamm-
lung weist außerst wichtige Punkte auf, die es einem
jeden Mitgliede zur Pflicht machen, daran teilzuneh-
men. Besonders wollen sich die Gerätturner voll-
ständig einfinden; es handelt sich darum, wie unter den
heutigen schwierigen Verhältnissen unser Turnbetrieb
in den Wintermonaten aufrecht zu erhalten ist. Daß
dieses in erster Linie auch für die Altersturner gilt,
braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu wer-
den; gerade diese haben die Pflicht, den jüngeren Tur-
nern mit einem guten Beispiel voranzugehen. Die
Vorstandsmitglieder werden gebeten, sich bereits eine
halbe Stunde vorher, also um 8 Uhr, einzufinden.
Um den Preis des Reichspräsidenten.
Wesel, 19. Sept. Am Sonntag fand hier, ver-
anstaltet von der Turnvereinsvereinigung Sahn-Wesel 1917,
e. V., in Gegenwart des Regierungspräsidenten Dr.
Grüner, als Vertreter des hiesigen Reichspräsidenten,
ein Stafelauflauf rund um und quer durch Wesel statt.
An der Veranstaltung nahmen insgesamt 15 Senioren-
und 16 Jugendmannschaften aus Wesel, der näheren
Umgebung, Esterade, Duisburg, Düsseldorf und Ha-
gen teil. Als Sieger gingen aus den Jugendstaffeln
hervor als Erster Essener Sportverein (9.46.1), als
Zweiter Düsseldorf Sportgruppe 1899 (9.48.1), als
Dritter Duisburger Sport- und Spielverein 1848
(10.1). Die beste Juniorenmannschaft war die Turn-
vereinsvereinigung Sahn. Bei den Senioren siegten als
Erster Düsseldorf Sportverein 1847 (9.5), Zweiter
Essener Sportverein 1899 (9.13), Dritter Weseler
Spielverein (9.26).

Neueste Nachrichten.

Der Abbruch der Besprechungen zwischen Belgien
und Deutschland.
II. Paris, 20. Sept. (Drhtb.) Die Presse be-
spricht mit allgemeiner Genugtuung den Abbruch der
Besprechungen zwischen Belgien und Deutschland.
Man freut sich, daß wenigstens die erste Basis der Ne-
gotiationsverhandlungen von Belgien zu einem guten
Ende gebracht worden ist.
II. Paris, 20. Sept. (Drhtb.) Der Schatzkanzler
Horne wurde zum Führer der Abordnung ernannt,
die sich in die Vereinigten Staaten begeben soll, um
wegen der Konsolidierung der englischen Schulden ge-
genüber Amerika zu verhandeln. Er wird wahr-
scheinlich erst am 18. Oktober fahren können, hofft
jedoch, daß es ihm möglich sein wird, seine Mission
vor Eröffnung des Parlaments zu erledigen.
Die Lage in Irland.
III. Dublin, 20. Sept. (Drhtb.) Der Bürger-
krieg in Irland dauert in unverminderter Heftigkeit
an. Das Zentrum der Operationen befindet sich jetzt
im gebirgigen Teil von West-Irland. Die telegra-
phischen und telephonischen Verbindungen zwischen
Dublin und Holyhead sind gestern abend zerschnitten
worden.
Das Schlusgutachten über Oberkassel.
II. Paris, 20. Sept. (Drhtb.) Parisien
meldet aus Brüssel, daß die Sachverständigen in der
Frage der Affäre von Oberkassel zu dem Schluß ge-
kommen sind, daß kein deutliches Verbrechen vorliegt
und daß der betreffende Sergeant sich selbst getötet
hat, nachdem er den Soldaten erschossen hatte.
Verhaftung eines 26jährigen Bankbetrügers.
II. München, 20. Sept. (Drhtb.) Gelegentlich
einer Fremdenkontrolle wurde hier gestern früh der
20jährige Bankbeamte Walter Bergholt festgenommen,
der vor zwei Monaten als Angestellter einer Dresdener
Bank dem Depot ausländische Werte entnommen hatte
und damit geflüchtet war. Die Unterschlagung beläuft
sich auf insgesamt 800 000 Mark. Bergholt gibt an,
daß ihm 200 000 Mark in Berlin von drei Räubern
abgenommen worden seien.
Das Verbot der „D. A. Z.“ bestätigt.
II. Leipzig, 20. Sept. (Drhtb.) Kurz nach Be-
ginn der Sitzung des Staatsgerichtshofes wurde der
Fall der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, über den
gestern Reichsgerichtsrat Feller als Referent und
Reichsgerichtsrat Wieland als Korreferent berichteten,
nochmal behandelt. Der Vorsitzende, Senatspräsident
Dr. Hagens, teilte der Presse später mit, daß das Ver-
bot der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ bestätigt sei.
Amerikanische Hornes zwecks Schuldensolidierung.

Handel und Verkehr.

	20. Sept.	19. Sept.
Holland	56828,8	56971,1
Belgien	10486,8	10513,1
Dänemark	30882,0	30438,0
England	6491,85	6508,15
Amerika	1403,16	1466,84
Frankreich	11189,0	11214,0
Schweden	27315,8	27884,2
	27665,8	27784,8

Offizielle Notierung
der Bremer Baumwollbörse.
Bremen, 20. Sept., 1 Uhr, mittags. American
rally middling good upland and staple, loco 779,00 M.
779,90 M. per Kilo.

